



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit

Sitzungsort: Orbansaal, Bergbräustraße 1		Sitzung-Nr.: SVA/02/2023
Sitzungsdatum: Mittwoch, 08.03.2023	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:12 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Frau Stadträtin Brigitte Fuchs	
Herr Stadtrat Thomas Deiser	Vertretung für Herr Stadtrat Albert Wittmann ab 15:10 Uhr, TOP 1
Herr Stadtrat Klaus Mittermaier	
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	
Frau Stadträtin Stephanie Kürten	
Herr Stadtrat Dr. Christoph Spaeth	
Herr Stadtrat Klaus Böttcher	
Herr Stadtrat Ulrich Bannert	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Sepp Mißbeck	
Berufsmäßiger Stadtrat	
Herr Gero Hoffmann	Referat VI
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1. Sanierung der überdachten Tribüne in der Bezirkssportanlage Mitte (MTV) - Projektgenehmigung (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0151/23	3
2. Sanierung und Erweiterung der bestehenden Grundschule Hawnwöhr, Habsburgerstraße 15 in Ingolstadt - Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert, Frau Bgm. Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0192/23	6
3. Jährliches Bürgerfest	11
. Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 11.07.2022 Vorlage: V0655/22	11
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0142/23	12

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehender Änderung zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf die kurzfristige Ladung der Sportkommission und bittet hierzu alle Beteiligten um Verständnis. Da es sich eigentlich um ein Bau-Thema handelt, sollte die Sportkommission hierzu nicht eingebunden werden. Es solle aber den Mitgliedern der Sportkommission die Möglichkeiten zur Information gegeben werden. Insofern schlägt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor, mit den Sportthemen zu beginnen und die Tagesordnung dahingehend zu ändern.

Die Nummerierung ändert sich dementsprechend.

Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Danach gibt der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Beratend

1. **Sanierung der überdachten Tribüne in der Bezirkssportanlage Mitte (MTV)
- Projektgenehmigung
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0151/23**

Antrag:

- 1.) Die überdachte Tribüne wird statisch ertüchtigt, in diesem Zuge wird die Dach-eindeckung, die Fassade sowie die Tore der Lagerräume erneuert. Auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung wird für die Sanierung der überdachten Tribüne die Projektgenehmigung erteilt.
- 2.) Die Gesamtkosten in Höhe von 950.000 Euro werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltstelle 561000.501000 bereitgestellt.
- 3.) Die Beauftragung der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Gemeinsame Stellungnahme der Sportkommission und des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit:

Herr Hoffmann berichtet von einem Telefonat mit Herrn Nixdorf, Vorstand des MTV. Herr Nixdorf habe im Baureferat angefragt, ob im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen an der Besuchertribüne der Bezirkssportanlage Mitte dort eine behindertengerechte Toilette eingebaut werden könne. Dies weiterzuverfolgen liege in der Entscheidung des Stadtrates, aber auch an der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel. Nach den Worten von Herrn Hoffmann müsse darüber hinaus auch erst geprüft werden, ob dort ein solcher Einbau von den baulichen Gegebenheiten her möglich sei. Sinnvoll sei dies auf alle Fälle. Herr Hoffmann schlägt vor, nicht den vorliegenden Antrag zu ergänzen, sondern dieses Vorhaben von der Tribünensanierung getrennt zu betrachten. Bei der Sanierung der MTV-Tribüne stehe man in den Startlöchern. Hier könne nach Zustimmung des Stadtrates begonnen werden. Da der Toilettenbau einer Prüfung bedürfe und nichts mit dem Bauunterhalt zu tun habe, werde dieses Vorhaben in einer eigenen Geschwindigkeit behandelt, damit die Tribünenrenovierung nicht gebremst werde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass die Tribüne jetzt relativ zeitnah ertüchtigt werden solle. Es sei in der Tat so, dass ein sichtbarer Sanierungsbedarf gegeben sei. Dem Toilettenthema stehe auch im Hinblick auf die Inklusion, vorbehaltlich der Klärung aller technischen Fragen, ihres Erachtens nichts im Wege.

Die Sanierung der Tribüne stehe außer Frage, so Stadtrat Schidlmeier. Da es keine Wettergarantie gebe, sei man froh, wenn Besucher auf der Tribüne Platz nehmen könnten. Zum behindertengerechten WC verweist Stadtrat Schidlmeier auf die vielen Spaziergänger im Glacis. Insofern sei eine behindertengerechte Anlage zu begrüßen. Diese könne zugleich als Wickelraum genutzt werden. In diesem Zusammenhang müsse auch das Anbringen einer entsprechenden Beschilderung geprüft werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass es sich um keine öffentliche Toilette im Glacis handelt. Diese werde auf dem Sportgelände untergebracht.

Die vom MTV genutzte Bezirkssportanlage ist eine der vier Anlagen, welche vor ca. 50 Jahren entstanden sind. Insofern stünden viele notwendige Reparaturen an, so Stadtrat Mißbeck. Zum Stichwort Toiletten verweist er darauf, dass auch bei den vorhandenen Toiletten ein dringender Sanierungsbedarf gegeben sei. Aber die Sanierung der Tribüne wieder zu schieben halte Stadtrat Mißbeck für nicht gut. Hier würde die Sportgemeinschaft kein Verständnis dafür haben. Seines Erachtens sei dies auch berechtigt.

Im Moment solle nichts geschoben, sondern die Sanierung der Tribüne ermöglicht werden, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Es gebe auch ein positives Signal für die Prüfung der Behinderten-Toiletten in Richtung des MTV. Ihr sei das eine oder andere Problem sowohl beim MTV Gelände als auch bei der Bezirkssportanlage bekannt. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass sich beim Thema Heizung und Lüftung in der Halle der Anlage eine Lösung abzeichne. Man könne aber immer nur Schritt vor Schritt vorangehen. Jetzt stehe die Entscheidung über die Projektgenehmigung für die Tribüne an.

Stadtrat Ettinger zeigt sich über die Umsetzung dieses Projektes erfreut. Erfreulich sei auch der Erhalt dieser Tribüne und somit die Anmutung des Stadions. Den Toilettwunsch betreffend finde Stadtrat Ettinger sehr gut. Die Toiletten im Kavalier Zweibrücken sind seines Erachtens ebenfalls in einem sehr schlechten Zustand. Er

schließe sich dem Wunsch von Stadtrat Mißbeck an, dass auch dies zeitnah in Ordnung gebracht werde. Es sei beschämend, wenn Mannschaften von auswärts kämen. Hier sei ganz dringender Handlungsbedarf gegeben. Er bittet mit einzubeziehen, dass die behindertengerechte Toilette vielleicht sogar in die ebenerdige Toilettenanlage in den Bereich von Kav. Zweibrücken, untergebracht werde. Stadtrat Ettlinger fragt nach, wie lange die Ertüchtigung der Tribüne dauert und ob der Fußballbetrieb beeinträchtigt werde.

Der Sanierungsbeginn sei in diesem Jahr, so Herr Hoffmann. Nach positiver Zustimmung gehe ab jetzt man in die Ausführungsplanungen. Über den Sommer werden die Leistungsverzeichnisse erstellt und im Herbst erfolgt die Ausschreibung. Ab September erfolgt der Baubeginn. Insofern geht Herr Hoffmann von einer Fertigstellung im nächsten Frühjahr zur neuen Saison aus. Wenn noch eine Toilette in den Lagerräumen unter der Tribüne eingebaut werde, laufe dies etwas nach. Um bei der Sanierung der Tribüne keine Zeit zu verlieren, plädiert Herr Hoffmann dafür das geplante Verfahren laufen zu lassen und den Toilettenbau separat zu planen.

Herr Diepold verweist auf die Beeinträchtigung in Richtung Kunstrasen. Diese sei mit dem MTV abgestimmt und erfolgten auf der Rückseite der Tribüne, also nach hinten raus. Die Spielfläche im großen Stadion betreffend werde es keine Beeinträchtigungen geben. Allerdings gebe es eine Beeinträchtigung im Bereich einer oder zweier Laufbahnen, vor der Tribüne. Dort müsse ein Gerüst aufgebaut werden. Es werde eine Phase geben, wo man auf dieser Tribüne wegen des Gerüsts, kein Fußballspiel verfolgen könne. Dies schränke aber die Nutzbarkeit des Hauptspielfeldes nicht ein. Die Leichtathletik habe in dieser Phase nur die Laufbahn drei und vier zur Verfügung. Andere Beeinträchtigungen seien nicht bekannt.

Stadtrat Mittermaier regt an, bei jeder Sanierung und Renovierung, gerade jetzt von Sportanlagen, das Thema Unisex Toiletten Anlagen, anzustreben.

Diese Anregung könne somit aufgenommen werden, so die Bürgermeisterin. Dies gelte natürlich nicht nur für Toiletten in Sportanlagen, sondern auch im öffentlichen Raum.

Stadtrat De Lapuente zeigt sich über das Vorankommen bei der Bezirkssportanlage erfreut. Nach seinen Worten sei hier Bewegung drinnen und dies sei lobend zu erwähnen. Wenn die Bezirkssportanlagen so ertüchtigt werden, wie in den letzten beiden Sitzungen beschlossen, dann sei dies ein gutes Zeichen auch nach außen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf das strategische Immobilienmanagement, welches die Sportanlagen beleuchten werde. In dieser Richtung solle es weitergehen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet mit der Maßgabe, dass das Toilettenthema wohlwollend weiterverfolgt werde.

Beratend

- 2 . **Sanierung und Erweiterung der bestehenden Grundschule Haunwöhr, Habsburgerstraße 15 in Ingolstadt
- Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert, Frau Bgm. Dr. Deneke-Stoll)
Vorlage: V0192/23**

Antrag:

1. Auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung wird für die Sanierung und Erweiterung der Grundschule Haunwöhr auf 16 Klassen die Projektgenehmigung erteilt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von 39.431.000 € für die Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen der Grundschule Haunwöhr werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltstelle 1.211000.940200 GS Haunwöhr: Neubau, Erweiterung, Ganztagsbetreuung bereitgestellt.
3. Der Ausstattung des neuen Rasenspielfelds mit Kunstrasen und Flutlichtanlage wird – vorbehaltlich der noch zu prüfenden Umsetzbarkeit – zugestimmt. Die Mehrkosten hierfür betragen ca. 187.000 € (Betrag in Gesamtkosten Antragspunkt 2 enthalten).
4. Die erforderlichen Mittel stehen auf der Haushaltstelle 1.211000.940200 GS Haunwöhr: Neubau, Erweiterung, Ganztagsbetreuung in Höhe 29,642 Mio. €, sowie auf der Haushaltsstelle 1.211000.935189 GS Haunwöhr: Erstausrüstung in Höhe von 150.000 € sowie auf der Haushaltsstelle 1.871000.935000 PV Anlagen in Höhe von 765.000 € zur Verfügung. Ein Betrag in Höhe von 515.000 € wurde bereits verausgabt. Die zusätzlich zur aktuellen Finanzplanung benötigten Mittel in Höhe von insgesamt 8,359 Mio. € werden gem. u.g. Tabelle über den Nachtragshaushalt bereitgestellt.
5. Die Beauftragung der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Gemeinsame Stellungnahme der Sportkommission und des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit:

Herr Hoffmann informiert, dass man im Jahr 2021 mit der ergänzenden Programmgenehmigung gestartet sei. Weiter verweist er auf den damals geschätzten Kostenrahmen des Architekturbüros von 26,4 Mio. Euro. Er erläutert, warum es nun zu den

deutlich erhöhten neuen Gesamtkosten von 39 Mio. Euro gekommen sei. Dabei verweist er auf die Index-Steigerung seit 2021 von 23,7 Prozent und die damit nachweisliche Verteuerung der Baupreise. Dies ergäbe einen Betrag von knapp 33 Mio. Euro. Weiter erläutert er die Beschlussvorlage. Da auch mit dem dortigen Altbau, als Bestandsbau umgegangen werden müsse, ließen sich die Raumzuschnitte nicht ganz optimal, wie bei einem Neubau abbilden. Insofern müssten wenige Quadratmeter mehr im Raumprogramm umgesetzt werden, wodurch auch geringe Mehrkosten entstünden. Erfreulich sei allerdings die Information, dass mit den alten Richtwerten der Fördermittel gerechnet worden sei. Diese haben sich erhöht und insofern rechne man nun mit einer Fördermittelsumme von mindestens 10,7 Mio. Euro. Das gleiche einen Teil der Mehrkosten an dieser Stelle wieder aus. Die ausgewiesenen Gesamtkosten von 39 Mio. Euro würden darüber hinaus nur unter den zwei Prämissen entstehen, nämlich bei Eintreten der ausgewiesenen Risiken und einer weiteren zu erwartenden Steigerung der Baukosten. Für den Index rechne man mit 3,5 Prozent Baupreisindex in den nächsten Jahren, was eher optimistisch sei. Weiter verweist Herr Hoffmann auf den Vergleich mit dem bisherigen Quadratmeter-Kennwert in Bezug auf die förderfähige Hauptnutzfläche. Vor der Pandemie lag man hier bei 8.500 Euro, das vorliegende Projekt komme auf ca. 8.800 Euro/m². Zur Bauweise merkt er an, dass ein Holzhybridbau entstehe. Es werde sehr viel Holz verwendet. Allerdings nicht bei der eigentlichen Tragkonstruktion. Dies habe den einfachen Grund, dass bei den Deckenaufbauten eines Holzbaus größere Höhen bzw. Aufbaustärken entstünden als bei den herkömmlichen Betondecken im Bestand. Wenn man jedoch das neue Schulhaus barrierefrei und ebenengleich das alte anschließen wolle, müsse man bei dieser Konstruktion bleiben. Wenn man in den reinen Holzbau ginge, werde jedes Geschoss immer ein Stück höher als das vorherige im Vergleich zu den bestehenden Geschossen. Dann benötige man irgendwann Treppen und Rampen, die den Bau verteuerten und wiederum nicht barrierefrei seien.

Wie bei vielen anderen Projekten gehen die Kosten exorbitant in die Höhe, so Stadtrat Schidlmeier. Schulen seien natürliche besondere Objekte, bei denen die zu erwartenden Kostenexplosionen getragen werden müssen. Er bittet bei der Genehmigung, lieber von einem Worstcase auszugehen. Damit die Zeitschiene eingehalten werden könne, spricht er sich für das Vorhaben aus.

Stadträtin Kürten zeigt sich nicht erfreut über den Kunstrasenplatz. Nach ihren Recherchen sei das Granulat sehr schädlich. Insofern regt sie eine Verfüllung mit Sand

an. Weiter bittet sie hier um eine Gegenüberstellung eines Naturrasenplatzes. Stadträtin Kürten spreche dabei nicht von Biodiversität. Ein Kunstrasen habe aber ihrer Meinung nach im Gegensatz zum Naturrasen weniger Kühleffekte. Auch die Anschaffungskosten seien bei einem Naturrasen nur halb so hoch. Allerdings müsse bei einem solchen bedacht werden, dass dieser Wasserintensiver sei. Da Wasser immer kostbarer werde, sei hier sicherlich künftig mit Problemen zu rechnen. Stadträtin Kürten fragt nach, ob dieser Rasenplatz nach Anlegen einer Zisterne, mit Regenwasser oder mit Trinkwasser bewässert werde.

Herr Diepold wirbt vehement für den Kunstrasenplatz. Er informiert, dass dreieinhalb Kunstrasenplätze auf den städtischen Sportanlagen betrieben werden. Ein solcher solle auch hier entstehen. Seitens vieler Vereine die nicht auf Bezirkssportanlagen trainieren, gebe es den Wunsch, in diese Richtung zu agieren. Festzustellen sei, dass es sich für die Stadt als schwierig darstelle, in den Ortsteilen Kunstrasenfelder zu errichten. Zum einen, weil dies äußerst kostenintensiv, was den Platz betreffe sei und zum anderen was den Grunderwerb und auch die Verfügbarkeit von Flächen betreffe. Eigentlich könne es sich die Stadt nicht leisten irgendwo einen Kunstrasenplatz zu bauen, der bis zu einer Vereinsnutzung am späteren Nachmittag brachliege. Es mache also nur Sinn einen Kunstrasen dort anzubringen, wo es möglichst viel Frequenz gebe. Dies sei ganz klar in Verbindung mit einer Schule der Fall. Dies wäre nun der erste dieser Plätze. Herr Diepold könne versichern, wie bereits im Sommer in der Bezirkssportanlage Südwest gehandhabt, einen Kunstrasen ohne Verfüllung, bzw. ohne Kunststoffgranulat, zu bauen. Eingebaut werden müsse eine Verfüllung mit Sand, da ansonsten der Belag bei entsprechendem Orkan davonfliege. Der Kunstrasen müsse beschwert werden. Es gebe aber Kunstrasen, die ohne weitere Kunststoffverfüllung auskommen. Er würde auch eine andere Verfüllung, wie Kork oder ähnliches, nicht favorisieren. Kork schwimmt bei Starkregen auf und könne auch schimmeln. Insofern gebe es mittlerweile Kunstrasen, die ohne das ganze Verfüllmaterial auskommen. Der Rasen dort sei sehr wichtig, da diesen auch der SV Haunwöhr, der als einziger im Umkreis eine Hockey-Abteilung betreibe, nutze. Feldhockey könne nur auf einem Kunstrasenplatz gespielt werden.

Gerne könne diese Gegenüberstellung für ein Pro und Contra zusammen mit dem Sportamt erstellt werden. Herr Hoffmann informiert, dass solange das Wasser in der Zisterne ausreiche, die begrünten Bereiche des Schulhofes mit diesem Wasser bewässert werden. Er sichert für die nächsten Ausschusssitzung eine Information zu, was passiere, wenn das Wasser nicht ausreichend sei. Nach seinen Worten werde

kein teures Trinkwasser verwendet, sondern er würde einen Betriebswasserbrunnen mit Nutzung der oberen Grundwasserschichten, favorisieren. Auf Anfrage von Frau Mödl, ob dort eine Einfachsporthalle gebaut werde, teilt Herr Hoffmann mit, dass die bestehende alte Einfachturnhalle abgerissen werde, weil diese für den Erweiterungsbau im Weg sei. Es sei vorab geprüft worden, ob der Schulneubau auf dem Grundstück anders hätte platziert werden können. Die jetzige Planung stelle aber fast die einzige Möglichkeit dar, die Freisportflächen entsprechend unterzubringen. Deshalb habe die alte Einfachhalle weichen müssen. Es bestehe aber auf dem Schulareal bereits eine Ballspielhalle, bzw. eine Doppeltturnhalle, die für den Schulsport ausreichend sei. Diese besäße auch bereits alle nötigen Vorrüstungen für die im Schulsport benötigten Geräte.

Insofern orientiere man sich schon faktisch an der durchgeführten Erhebung, so Frau Mödl. Sie fragt nach, ob die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes bereits mit einfließen, da diese ja sonst keinen Sinn machen würden. Wenn Frau Mödl die Einfachsporthalle, oder das Ausmaß dieser Sportanlage betrachte, habe sie die Befürchtung, dass dies so wie bei der Bezirkssportanlage Mitte ablaufe und es eine totale Überbelegung gäbe. Wenn neu gebaut und nicht auf den Sportentwicklungsplan Bezug genommen werde, fände sie das ganz schwierig.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass der Sportentwicklungsplan hier berücksichtigt werde. Die Schulen betreffend seien die Gutachter zu dem Ergebnis gekommen, dass die Hallenkapazitäten vom Grundsatz her, ausreichend seien.

Herr Diepold verweist auf den Standort, wo eine Ballspielhalle mit zwei Halleneinheiten und eine alte Einfachturnhalle untergebracht sind. Aus schulischer Sicht reiche diese Ballspielhalle vollkommen aus. Eine Nachrüstung für den Schulsport sei ohne Probleme möglich. Beim SV Haunwöhr stelle sich dies anders dar, da hier die alte Einfachturnhalle belegt sei. Zwischenzeitlich werde der SV Haunwöhr ab Herbst 2023 in der Ballspielhalle Münchener Straße untergebracht. Die Überlegung sei im Bereich Südwest/Haunwöhr nochmal eine Halle zu errichten, um den SV Haunwöhr quasi wieder an seinen jetzigen Standort zurückzuführen. Insofern gebe es eher ein Problem im Vereinssport. Der Schulsport sei aus Sicht des Sportamtes kein Thema, da die Ballspielhalle schulisch ausreiche.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass eine Kommunikation mit dem SV Haunwöhr stattgefunden habe. Da es keine andere Möglichkeit gebe, nähme dieser das so hin.

Stadtrat Böttcher fragt nach, ob hier die geplante Pelletheizung die ideale Lösung sei.

Die Pelletheizung sei eine Heizung, die mit einem nachwachsenden Rohstoff als Energieträger arbeite. An dem geplanten Standort sei man noch nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen. Eine Gasheizung sollte nicht installiert werden. Herr Hoffmann sichert zu, in der nächsten Sitzung hier nochmals konkrete Informationen zu erteilen. Er betont, dass aber alles genau abgewogen worden sei.

Stadtrat Ettinger spricht sich positiv für den Kunstrasenplatz aus. Dieser sei in der Nutzung ein Segen für den Verein. Auch wenn es hier zu Mikroplastikabsonderungen komme, müsse man sich vor Augen halten, dass so ein Kunstrasenplatz durchaus geeignet sei, da dieser eine Halle ersetzen könne. Hier gäbe es einen sehr großen Nutzungsdruck, denn in der Zeit zwischen 17 Uhr und 19 Uhr wolle jeder den Kunstrasenplatz nutzen. Die Kapazitäten seien aber stark begrenzt. Ein weiterer Synergieeffekt sei die Entlastung der Halle. Auch die Kinder finden es super, wenn sie während der Pausen an der frischen Luft toben können.

Herr Dr. Krämer schließt sich dem Appell den Kunstrasenplatz betreffend, Herrn Diepold an. Die in Aussicht gestellte Nutzung sei sehr überzeugend. Er spricht sich für einen umweltschonenden Kunstrasenplatz aus.

Nach den Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll werde sich hier bemüht, eine umweltschonende Variante zu finden.

Stadtrat De Lapuente merkt an, dass ein Naturrasenplatz in der Winterzeit wegen Bodenfrost gesperrt sei. Insofern sei dieser nicht mit einem Kunstrasenfeld vergleichbar. Ein solcher sollte auch in den Wintermonaten zu bespielen sein, damit dieser die Dreifachturnhalle entlaste. Deswegen sei ein Kunstrasenplatz eine sehr gute Alternative um den Sport aus der Halle herauszubringen.

Stadträtin Kürten wollte einfach nur nochmal betonen, dass ihr ein solcher Vergleich nicht nur seitens des Sportamtes, sondern auch aus Sicht der Klimaresilienz, wichtig sei. Eine große Rasenfläche wirke sich auf das Klima aus, indem es kühle. Fraglich sei deshalb, wie das Klimagutachten an dieser Stelle aussehe. Stadträtin Kürten

glaube bei allen Vorteilen, müsse dies auch berücksichtigt werden. Sie habe die Argumente für einen Kunstrasenplatz verstanden. Dennoch gebe es in der Stadt noch andere Probleme wie die Klimaresilienz. Möglicherweise müsse dann in diesem Viertel die Entwicklung des Klimas betrachtet werden.

Stadtrat Mißbeck verweist auf die früher entstandenen Allwetterplätze. Aufgrund der Verletzungsgefahr, seien diese der heutigen Jugend nicht mehr zuzumuten. Auch wenn der Kunstrasen mit höheren Kosten verbunden ist, solle man sich dafür aussprechen.

Herr Diepold informiert, dass es nach wie vor einen Allwetterplatz gebe. Dies sei ein Platz aus Kunststoff mit rotem Belag, auf dem man z.B. Handball spielen könne. Es handelt sich aber um zwei verschiedene Plätze. Ein Allwetterplatz helfe an dieser Stelle nicht weiter.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

3 . Jährliches Bürgerfest

Beschließend

Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 11.07.2022

Vorlage: V0655/22

Antrag:

die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt hiermit folgenden Antrag:

Das Bürgerfest möge wieder jährlich stattfinden.

Begründung:

Das Stadtfest hat gezeigt: Die Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger lieben ihr Bürgerfest auch in der kleineren Variante. Die Menschen waren in bester Feierlaune, tanzten auf den Straßen zu den Bands aus Ingolstadt und der Region und es gab viel Lob für die tolle Organisation durch das Kulturamt. Das Bürgerfest ist auch eine gute Gelegenheit, die Beziehungen zu den Partnerstädten zu pflegen, so waren mehrere Vertreter der Partnerstädte auf dem Stadtfest anzutreffen und sie zeigten sich begeistert.

Auch die dort gezeigten historischen Elemente wurden sehr geschätzt. Sie können dort weiterhin ihren Platz behalten oder auch im Fest des Reinen Bieres platziert werden.

Das Bürgerfest wirkt identitätsstiftend, trägt zur dauerhaften Belebung der Innenstadt bei und ist auch für Touristen eine echte Attraktion. Viele weltweit verstreute Ingolstädter reisen extra zum Bürgerfest an, um alte Freunde zu treffen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0142/23.

Beratend

Beschlussvorlage der Verwaltung

(Referent: Herr Engert)

Vorlage: V0142/23

Antrag:

1. Es wird der jährlichen Durchführung des Bürgerfests zugestimmt.
2. Es wird den Veränderungen in der Abfolge der städtischen Feste zugestimmt.

Der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0655/22 und der Antrag der Verwaltung V0142/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Aufgrund der mehrmaligen Anträge habe man sich mit dem Thema jährliches Bürgerfest wieder befasst. Herr Klein merkt an, dass in den letzten Jahren sehr stark auf politischer Ebene und auch in der Bürgerschaft die Rückmeldung erfolgt sei, dass ein jährliches Bürgerfest gewünscht werde. Beim Bürgerfest handelt es sich um das größte und beliebteste Fest in Ingolstadt. Ein jährlicher Turnus führe dazu, dass man mit dem Herzogsfest und dem Zam-Fest, nicht mehr wie bisher, verfahren könne. Weiter verweist Herr Klein auf die in der Vorlage erläuterten Rahmenbedingungen, welche zum Handeln zwingen. Dabei geht er auf die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen im Schloss Innenhof ein. Folgerung dessen sei, dass dieser für mehrere Jahre nicht mehr wie gewohnt, benutzbar sein werde. Der Schloss Innenhof wurde hinsichtlich der zugelassenen Besucherzahl aus Sicherheitsgründen vom staatlichen Bauamt neu begutachtet. Ab sofort liegt die zulässige Besucherzahl auf Grund der zur Verfügung stehenden Ausgänge im Schloss-Innenhof bei nur noch 1.100 Personen. Dies betreffe zukünftig alle Veranstaltungen u. a. auch den Triathlon. Alleine deshalb ist das Herzogsfest nicht mehr in der gewohnten Größenordnung umsetzbar. Dazu komme natürlich auch die veränderte Festreihenfolge. Nach den Worten von Herrn

Klein habe Corona dazu geführt, dass es im Sommer immer mehr Open Air Veranstaltungen gebe. Es gibt kein Wochenende in Ingolstadt, wo nicht irgendetwas geboten sei. Auch im Tilly, wie beim Turm Baur und auf der Donaubühne finden mittlerweile sehr viele Veranstaltungen statt. Da sehr viel geboten ist, gebe es durchaus eine höhere Belastung für viele ehrenamtliche Vereine, vor allem beim jährlichen Bürgerfest. Insofern habe man an dieser Struktur gearbeitet. Der vorliegende Vorschlag sehe auch vor, den zwei Jahres Turnus beim Afrika Fest und beim kultUrig-Fest mit einzuführen. Hier gebe es auch schon Gespräche hinsichtlich der Örtlichkeiten. Das Thema Brauchtum soll aber weiter im Jahresturnus bespielt werden. Dabei verweist Herr Klein auf die Volkstanzveranstaltungen, die mehrmals pro Jahr stattfinden und eigentlich am Ende in das kultUrig-Fest münden. Um dies hochzuhalten solle der Vorschlag aus den Reihen der Brauchtumsvereine, einen Kocherball zu organisieren, aufgenommen werden. Um einerseits das Thema Brauchtum hochzuhalten und andererseits die Feste zu stärken, sei man diesem Wunsch nachgekommen. So lautet der Vorschlag nun, dass jeweils abwechselnd in einem Jahr das KultURIG-Fest oder ein „Kocherball“, der dann am Herbstvolksfest stattfinden soll, organisiert werden. Alle Vorschläge die in der Vorlage aufgeführt sind, seien in den letzten Monaten mit den entsprechenden Gruppen besprochen worden. Auch beim Herzogsfest sei die Stadtwache involviert. Diese sei natürlich ein besonderer Anknüpfungspunkt und auch ein besonderes Aushängeschild der Stadt. Ein Versuch sei dem Thema Historie der Stadt eine größere Bühne zu geben. Hier könne eine Verknüpfung zum Fest des Reinen Biers stattfinden. Ähnlich wie beim Stadtfest im letzten Jahr, wo die verschiedenen zeitlichen Epochen und zeitlichen Komponenten verknüpft wurden, um dem Fest eine historische Bedeutung zu geben. Herr Klein informiert, dass die finanziellen, als auch die personellen Auswirkungen mitberücksichtigt wurden, sodass dieser Vorschlag sowohl von der finanziellen Seite, als auch von der strukturellen Seite umsetzbar sei. Auch sei eine verlässliche, planbare Struktur gegeben. Dadurch sei auch für alle Vereine ein gutes Einbinden in den jährlichen Kalender in der Abfolge im Jahresturnus möglich. Unter den verschiedenen Rahmenbedingungen, die es bereits gebe und auch bei einem jährlichen Bürgerfest, sei dies ein gangbarer Vorschlag.

Stadtrat Ettinger zeigt sich erfreut über diese Umsetzung. Er informiert, dass künftig im Schlosshof auch kein offenes Feuer mehr möglich sei, was für die weitere Bespielbarkeit nicht ganz unbedeutend sei. Weiter geht er auf die Historie des Bürgerfestes ein. Nach einem Hänger in Mitte der 2.000er Jahre bis zum Jahr 2007 habe das Kulturamt das Bürgerfest wiederbelebt. Dies sei geglückt und die Abstimmung zeige, dass Jahr für Jahr sich Massen aus der ganzen Welt auf den Weg zum Bürgerfest

machen. Hier trifft man sich wieder, denn das Bürgerfest sei ein Stück weit Identität. Für Stadtrat Ettinger sei es wichtig, für die Stadtwache etwas zu finden, damit man diese weiter zur Geltung bringen könne. Die Gesprächsbereitschaft sei vorhanden.

Stadträtin Fuchs verweist auf den Kocherlball von München und fragt nach, ob Ingolstadt denselben Namen verwenden wolle. Sie finde es toll, einen solchen Volkstanz auf dem Volksfest durchzuführen. Der Kocherlball habe aber Tradition und insofern sei es für Stadträtin Fuchs wichtig, für Ingolstadt einen anderen Namen zu überlegen.

Stadträtin Kürten finde es gut ein Konzept zu erstellen, um eine Übersicht, wie viel eigentlich stattfindet, zu erhalten. Es fehlen aber noch einige Angaben wie z. B. die Nacht der Museen. Grundsätzlich sei es gut darüber nachzudenken, wie die Anwohner in der Stadt belastet seien, denn dies müsse ihres Erachtens berücksichtigt werden. Dabei verweist sie auf die Sportveranstaltungen, wo immer ziemlich viel abgesperrt sei. Dies sei für manche Bewohner durchaus schwierig. Was Stadträtin Kürten im Nachhinein irritiere sei, warum der Ausschuss in solche Planungen nicht besser eingebunden werde. Die Überlegungen für einen Kocherlball finde sie gut, merkt aber an, dass dies ein Thema für diesen Ausschuss sei. Weiter weist Stadträtin Kürten darauf hin, dass ihre Fraktion den Begriff Bürgerfest nicht gut finde. In Anbetracht des Frauentages müsse es ihres Erachtens BürgerInnenfest oder Bürgerinnen und Bürger Fest heißen. Sie bittet hier nochmals darüber nachzudenken. Die Bezeichnung Stadtfest schaffe eine andere Identität. Sie könne heute ihre Zustimmung erteilen, weiß aber nichts Konkretes zur Bespielung des Bürgerfestes, wenn dies neu konzipiert werde. Stadträtin Kürten bittet in Zukunft auch Themen wie verkaufsoffene Sonntag im Ausschuss zu behandeln. Bei der Überlegung eines dreitägigen Bürgerfestes wäre es interessant, wenn der Sonntag verkaufsoffen sei. Insofern glaube sie, dass das Konzeptionelle auch in diesem Ausschuss behandelt werden solle.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert zu, diese Anregungen in die weiteren Überlegungen mit einzubinden.

Wie bereits in seinem Schreiben zum Ausdruck gebracht merkt Stadtrat Schidlmeier an, dass ihm die Stadtwache am Herzen liege. Diese sei über Jahrzehnte hinweg ein fester Bestandteil bei verschiedenen Festen. Der Stadtwache solle keine Lücke zugewiesen werden, sondern diese solle ein fester Bestandteil sein. Beim Fest im April sei

die Einbringung im Hinblick auf das Wetter nicht optimal. Stadtrat Schidlmeier verweist auf andere Städte, die große Winterfeste durchführen. Dies wolle er nicht forcieren. Er betont nochmals, dass die Stadtwache einen festen Platz in der Historie der Stadt habe. Den Leuten, die sich hier engagieren, müsse Respekt gezollt werden, denn diese seien Botschafter über die Grenzen der Stadt hinaus.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf die bereits stattgefundenen Gespräche und hofft auf eine vernünftige Lösungsfindung.

Stadtrat Over versucht diese Beschlussvorlage möglichst wertfrei zu beurteilen. Er zeigt sich aber überrascht, wenn das Kulturamt in einem Satz erklärt, dass es kein Problem sei, ein jährliches Bürgerfest zu veranstalten. In anderen Sätzen wiederum spreche man von einer personellen und organisatorischen Herausforderung. Stadtrat Over verweist hier auf die Sparten der Reinigung, des Ordnungsdienstes, der Container usw. und den Standpunkt des Personalmangels. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Devise weniger könne mehr sein, gerade bei einem zweijährigen Rhythmus das Bürgerfest sehr stark ins Gewicht falle. Stadtrat Over erinnert daran, dass große Herausforderungen auf Herrn Klein im Hinblick auf die Bespielung des Viktualienmarktes warten. Die Durchführung eines jährlichen Bürgerfestes, stelle sich Stadtrat Over als schwierig dar. Er merkt an, dass er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Als Mitglied der Stadtwache bedankt sich Stadtrat Over für die Fürsprecher in der Runde. Auf der einen Seite sei es so, dass es ein gewagter Bogen sei, wenn man beim Fest zum Reinen Bier eine historische Komponente von 1516 oder umgekehrt vom Mittelalter spanne. Es sollen sich ernsthaft darüber Gedanken gemacht werden, ob die Notwendigkeit für ein alljährliches Bürgerfest gegeben sei.

Stadtrat Mißbeck merkt an, dass das Bürgerfest kein Volksfest, das man in die Stadt verlagert, werden dürfe. Auch werde dies kein Sportfest werden, wo es sicherlich eine Chance gebe, dass sich die einzelnen Vereine mit ihren Abteilungen beteiligen. Es solle der kulturelle Aspekt in der Stadt verbreitet werden, damit das Gefühl vermittelt werde, dass Ingolstadt eine Kulturstadt bleibe.

Die neue feste Abfolge würde aufgrund des zwei Jahres Turnus des kultUrig-Fests und des Afrika-Fests, ein Fest pro Jahr weniger bedeuten, so Herr Klein. Und ob jetzt ein Herzogsfest oder ein Bürgerfest organisiert werde, bedeute beides einen großen Organisationsaufwand. Die Gefahr die hinter der Thematik Verfügbarkeit der Contai-

ner, des Service, des Ordnungsdienstes etc. stecke, könne dann im Voraus fix gemacht werden. Hier könne sicherlich versucht werden, mit den Dienstleistern zu planen. Insofern stecke hier eine klare Planbarkeit dahinter. Mit der Anzahl der Veranstaltungen pro Jahr solle genau auf diese Themen eingewirkt werden. Deshalb sei auch schlichtweg die Anzahl der Veranstaltungen durchaus ein Mittel, an dem man arbeiten könne.

*Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0142/23**:*

Gegen 3 Stimmen (Stadtrat Over, Stadträtin Kürten, Stadtrat Dr. Spaeth):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.